

IKZ v. 22.02.2017

Kritik an den Kritikern von Katrin Brenner

Ifi stellt sich vor die Erste Beigeordnete

Iserlohn. In einer aktuellen Pressemitteilung bezieht die Wählergemeinschaft Initiative für Iserlohn (ifi) in bemerkenswert scharfer Weise Stellung zum „Kesseltreiben von SPD, Grünen, Linken, FDP und UWG-Piraten gegen die Erste Beigeordnete Katrin Brenner“. Das Verhalten der genannten Fraktionen sei „durch nichts zu rechtfertigen.“

Konkret führt ifi als möglichen Auslöser ins Feld, Katrin Brenner habe im Bürgermeister-Wahlkampf 2015 wohl nicht die von ihrem damaligen politischen Konkurrenten Dr. Ahrens „erwünschte Neutralität“ gewahrt, „als sie die geschönten Bilanzen des städtischen Haushalts“ offen angesprochen habe.

Dies sei ebenso unhaltbar wie die meisten Vorwürfe, mit denen der SPD-Fraktionsvorsitzende Dimitrios Axourgos gegen die Erste Beigeordnete wettere. Unter dessen Führung habe sich „eine Koalition zur Abwahl der einzigen Frau in der Führungsetage des Rathauses gebildet“, die „zu den fähigsten Köpfen der Stadtverwaltung“ zähle.

„Endgültige Kaltstellung“ der „unbequemen Führungskraft“

Das Vorgehen dieser Koalition bestehe, so heißt es weiter, in einer gezielten sukzessiven Reduzierung des Verantwortungsbereiches Katrin Brenners, auf den nur noch die „endgültige Kaltstellung“ der „unbequemen und allzu selbstbewussten weiblichen Führungskraft“ folgen könne. Ifi erinnert an das knappe Ergebnis der Stichwahl von 2015 und gemahnt die Gegner Katrin Brenners daran, dass damals fast ebenso viele Iserlohner die weibliche Kandidatin im Amt sehen wollten wie den heute amtierenden Bürgermeister Ahrens.

Vor diesem Hintergrund sei insbesondere dessen Inanspruchnahme von „84 Prozent seiner Nichtwähler“ als „zustimmende Mehrheit“ im Rahmen der Neujahrsrede realitätsfern. Die Wählergemeinschaft bemängelt dies als „ein Verhalten, das mit bürgerorientierter Verantwortung absolut nichts zu tun“ habe, wie ifi-Sprecher Uwe Albert betont. Ebenso moniert dieser das „permanente parteipolitische Geplänkel“, das „in der Kommunalpolitik ohnehin nichts zu suchen“ habe.